

Die Schweiz als Datentresor

Der Markt für Anbieter von Speicherdiensten wächst – Sicherheit als Standortvorteil

Von Patrick Griesser, Zürich

Die Schweiz, der Datentresor. Gewaltige Informationsströme, die in Zürich, Genf, Basel oder in den Alpen zusammenlaufen. In unterirdischen Bunkern, unscheinbaren Bürogebäuden oder schmucklosen Betonbauten im Industriegebiet. Dort stehen in fensterlosen Räumen dicht an dicht die Rechner, und Kabelstränge verschwinden im Boden. Zutritt per Fingerabdruck. Eine Szenerie, wie sie heute schon mancherorts Wirklichkeit ist – und in Zukunft eine noch grössere Bedeutung für den Wirtschaftsstandort erhalten soll.

Mit vereinten Kräften werben der Telekommunikationsverband Asut und der Wirtschaftsdachverband Economie-suisse aktuell darum, dass die Schweiz mit dem wachsenden internationalen Markt Schritt hält. Eine Studie über die Schweiz als Datenspeicher steht seit Kurzem auch der für das Standortmarketing im Ausland zuständigen staatlichen Osec zur Verfügung. Hinter Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Spanien rangiert der hiesige Markt noch vor Italien in der europäischen Spitzengruppe.

Langfristige Investitionen

Wenn die Schweiz im Ausland nicht nur mit Alpen, politischer Stabilität und Bankenplatz wirbt, sondern das Spektrum unter anderem auf die Datenbunker ausweitet, spricht das für einen wachsenden und auf langfristige Investitionen ausgelegten Markt. Je mehr Unternehmen und Private auf Daten angewiesen sind, desto mehr müssen die Kapazitäten mit den Anforderungen Schritt halten. Schon allein die Möglichkeit, Daten in einer unsichtbaren Wolke (Cloud) stetig und überall abrufbar zu halten, soll den Ausbau der Datenzentren in den kommenden Jahren beflügeln, heisst es in einem vom Institut für Wirtschaftsstudien Basel (IWSB) für die beiden Verbände verfassten Papier. Und noch stärker als die Verbreitung der Cloud-Dienste treibt das mobile Netz via Smartphones und Tablets das Wachstum beim Datenverkehr in immer neue Höhen, beschreiben befragte IT-Verantwortliche laut Studie, was sich heute schon auf Schulhöfen, in Zügen oder Trams beobachten lässt. Youtube, Facebook und Google sind überall präsent. Die Folge: Die weltweite Datenmenge verdoppelt sich derzeit regelmässig innerhalb von zwei Jahren. Von 2010 bis 2020 dürfte das weltweite Volumen sogar um den Faktor 50 zunehmen. Die Zahl der Server steige in dieser Zeit dank dem technischen Fortschritt aber lediglich um den Faktor zehn, so die Experten.

Heute existieren nach den Schätzungen von Experten etwa 100 Daten-



Verwirrende Ordnung. Server in der Schweiz beherbergen schon heute Unmengen sensibler Daten. Foto Keystone

zentren in der Schweiz, die von Dienstleistern für Dritte angeboten werden. Derzeit halten diese Anbieter die Fläche von etwa 20 Fussballplätzen für Rechner bereit. Das erwartete Wachstum an Stellfläche für Datenspeicher bei Dritten liegt in den kommenden drei Jahren bei über 60 Prozent.

Die Zahl der tatsächlich vorhandenen Zentren liegt um einiges höher. Nur rund 15 Prozent der existierenden Serverstandorte sind überhaupt auf dem freien Markt vertreten, so die Verfasser der Studie. Der Rest ist Teil der Unternehmen – genaue Angaben über die tatsächliche Anzahl von Datenzentren sind deshalb schwierig zu ermitteln, wie Stephan Frey, Vorsitzender der Asut-Fachgruppe Data Center Infrastructure einräumt. Vertraulichkeit wird grossgeschrieben, was angesichts der verwalteten Kundendaten oder allfälligen Geschäftsgeheimnisse nicht überrascht.

Richter entscheiden über Zugriff

Gleichwohl geht der Trend gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen Richtung Outsourcing der Dienste an Dritte, wie Frey sagt. Als Anbieter für Unternehmen tritt in der Schweiz auch die Swisscom auf, wo es heisst, dass beispielsweise im Datenzentrum Zürich-

Herdern Unternehmen aus allen Branchen, darunter auch Grossunternehmen, ihre Server aufgebaut haben – mit hohen Wachstumsraten.

Warum die Schweiz als Standort für Serverräume angesichts weltweiter Verfügbarkeit von Daten überhaupt in Erwägung gezogen wird? Für viele Data-Center-Verantwortliche von Firmen ist die geografische Nähe offenbar wichtiger als Preisvorteile, wie es in der Studie des IWSB heisst. 80 Prozent der Befragten IT-Experten bevorzugen die Schweiz als Server-Standort. Für über die Hälfte ist es sogar eine zwingende Voraussetzung, dass ihre digitalen Akten hierzulande gepflegt werden.

Die Stabilität der Schweiz ist eine weitere Stärke des Standortes. Ebenfalls für die Schweiz sprächen die Sicherheit vor Naturrisiken und attraktive steuerliche Rahmenbedingungen, so die Studie. Asut-Präsident Peter Grütter nannte jüngst bei einem Branchentreffen einen weiteren Punkt: Die Unternehmen legen Wert auf einen hohen Schutz der Daten vor Behörden und anderen Zugriffen von aussen. «In der Schweiz braucht es einen richterlichen Entscheid, wenn man auf Daten Dritter zugreifen will», sagte Grütter.

Das sei nicht überall der Fall. Im Ausland genüge mitunter die Weisung einer

Behörde und der Weg zu Firmeninternas sei frei. Allerdings ist nicht alles positiv beim Datentresor Schweiz. Die unscheinbaren Kästen und ihre Kühlsysteme sind auf eine dauerhafte, günstige Stromversorgung angewiesen, erinnert Kurt Lanz, der in der Geschäftsleitung von Economie-suisse den Bereich Infrastruktur verantwortet. Die aktuelle Energiedebatte in der Schweiz um Erzeugung und Kosten könnte der Anziehungskraft des Standorts entgegenwirken, so Lanz.

Zu wenig Fachkräfte

Ein weiterer Kritikpunkt: In der Schweiz mangle es an IT-Fachkräften. Neben Jobs locken auch Investitionen. Allein bei den Bauten schätzt Lanz das Potenzial des Data-Centers-Markts auf 200 bis 400 Millionen Franken jährlich.

Mitunter wird auch in bereits vorhandene Gebäude investiert: Manche Dienstleister nutzen beispielsweise ehemalige Bunkeranlagen tief im Bergmassiv als Serverräume. Diese Anbieter werben dann mit besonders hohen Sicherheitsstandards und vereinzelt auch mit einem eigenen Rollfeld für die Flugzeuge der Kunden. Verstärkt sich der Eindruck, den diese Anlagen hinterlassen, dürfte künftig nicht mehr mit dem «Datentresor» geworben werden, sondern mit der «Datenfestung Schweiz».

Fragen zum Freihandel

Patentschutz-Problem in Indien

Von Dominik Feusi, Bern

«Freihandel ist gut und eine Chance für die Schweizer Wirtschaft, aber es braucht einen guten Schutz des geistigen Eigentums, sonst wird er zum Eigentor», sagt Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL). Sie denkt dabei an den Patentschutz für Entwicklungen der Chemie und Pharma aus der Region Basel.

Aufgeschreckt hatte sie die Nachricht über einen Besuch von SP-Gesundheitsminister Alain Berset in Indien: Er wolle dort eine Absichtserklärung für einen Vertrag im Bereich der Gesundheit erarbeiten. Was genau geregelt werden soll, ist unklar. Was offensichtlich fehlt, hingegen schon: der Schutz des geistigen Eigentums. Darum reichte Schneider eine Interpellation ein, welche beim Bundesrat Genaueres in Erfahrung bringen will. Indien ist ein riesiger Markt und wird für die Schweizer Wirtschaft immer wichtiger. Während Exporte in den europäischen Binnenmarkt schwächeln, nimmt der Handel mit Indien zu. 2011 wurden Güter und Dienstleistungen für fast drei Milliarden Franken nach Indien verkauft. Das Potenzial für die Schweizer Wirtschaft ist jedoch noch grösser, wenn Zölle und technische Handelshemmnisse abgebaut werden. Kein Wunder, dass der Bundesrat ein Freihandelsabkommen mit Indien als wichtig erachtet.

Abkommen nicht um jeden Preis

Der Bundesrat Johann Schneider-Ammann wollte schon 2011 ein Abkommen unterzeichnen und intensiverte die Verhandlungen. Bis jetzt ohne Erfolg. Mittlerweile ist man im Volkswirtschaftsdepartement zurückhaltend mit Ankündigungen über den Abschluss eines Abkommens. Indien ist nicht nur ein riesiger Markt, sondern auch für die Pharmaindustrie hinsichtlich geistigen Eigentums ein Problem. Patente sind kaum geschützt. Dementsprechend ist eine Industrie entstanden, welche geschützte Medikamente kopiert und wieder exportiert. Zurzeit läuft ein Musterprozess von Novartis gegen den indischen Staat vor dem obersten Gerichtshof. Dieser hatte dem Krebsmedikament Glivec 2006 den Patentschutz nicht erteilt.

Für Thomas Cueni von Interpharma ist klar: «Ein Freihandelsabkommen, das keine adäquaten Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums in Indien enthält, kommt für uns nicht infrage. Das würde ein falsches Signal senden, denn andere Länder in Asien anerkennen die Bedeutung der Patentrechte sehr wohl.» Cueni erachtet die Diskussion mit Indien als Chance, um zu zeigen, dass Verbesserungen der Gesundheitsversorgung mit einem guten Patentschutz vereinbar sind.

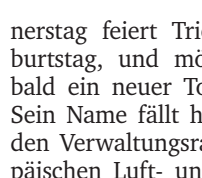
Euro-Krisenmanager Trichet wird 70

Ehemaliger EZB-Chef könnte an die Spitze des Luftfahrtkonzerns EADS rücken

Von Friederike Marx (DPA)

Frankfurt. Er steuerte den Euro-Raum durch die Finanzkrise und musste als «Feuerwehrmann» die Brände der Schuldenkrise löschen. Jetzt wird der frühere EZB-Präsident Jean-Claude Trichet 70. Von Ruhestand kann jedoch keine Rede sein. Auch nach seiner Amtszeit meldet sich Trichet regelmässig zu Wort und mahnt Reformen in Europa an. «Unser Problem ist die unzureichende Führung. Wir brauchen einen Quantensprung, um sie zu verbessern», sagte Trichet erst im Sommer.

Acht Jahre lang stand er an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB), und das in turbulenten Zeiten. Am Donnerstag feiert Trichet seinen 70. Geburtstag, und möglicherweise kommt bald ein neuer Topposten auf ihn zu. Sein Name fällt häufiger, wenn es um den Verwaltungsratsvorsitz beim europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern



Jean-Claude Trichet.

EADS geht. Der jetzige Chef des Kontrollgremiums, Arnaud Lagardère, wird sein Amt voraussichtlich im kommenden Jahr niederlegen. Angesichts der komplizierten Aktionärsstruktur mit den unterschiedlichen nationalen Interessen kein leichter Job für Trichet, der als überzeugter Europäer mit viel diplomatischem Geschick gilt.

Geldspritze nach Lehman-Pleite

An Erfahrungen mit Krisen mangelt es dem Absolventen französischer Eliteschulen nicht. Finanzkrise, Rezession und Schuldenkrise – immer wieder stand Jean-Claude Trichet mit der EZB vor heiklen Entscheidungen, für die er Lob, aber auch heftige Kritik erntete.

Lob gab es für das Krisenmanagement der Notenbank nach der Lehman-Pleite 2008, welche die Welt in eine tiefe Rezession stürzte. Mit Milliarden-Geldspritzen für Europas Banken löschte Trichet den Flächenbrand am Geldmarkt und verhinderte ein drohendes Bankensterben. Zudem senkten die Währungshüter den Leitzins auf das damalige Rekordtief von 1,0 Prozent. Das half der Wirtschaft im Euroraum wieder auf die Beine.

Reichlich Kritik brachte der EZB dagegen die Entscheidung ein, in der Euro-Schuldenkrise die Notenpresse anzuwerfen und Staatsanleihen europäischer Schuldensünder zu kaufen. Das befeuerte die Sorge, die Notenbank könne die Preisstabilität gefährden. Der Bundesbank-Präsident Axel Weber warf im Streit darüber sogar das Handtuch.

Trichet betonte dagegen immer wieder: «Die EZB ist ein Anker der Stabilität und des Vertrauens in Europa. Ihre Erfolge in Sachen Preisstabilität sind bemerkenswert. Die Preise sind so stabil wie in keinem einzigen Euroland in den vergangenen 50 Jahren.» Schon als Präsident der Banque de France machte er sich für Stabilität stark, um Frankreich fit für den Euro zu machen. In der Heimat hatte man Trichet dafür als «Klon der Bundesbank» verspottet.

Zwar dürfte Trichet, der den EZB-Chefposten im Oktober 2011 an Mario Draghi übergab, aktuell mehr Freizeit haben. Doch im Ruhestand ist er nicht: Seit diesem Jahr sitzt er im EADS-Verwaltungsrat, zudem ist er Verwaltungsratschef des wirtschaftswissenschaftlichen Thinktanks Bruegel.

UBS steht kurz vor der Einigung mit Behörden nach Zinsmanipulation

Mitglied der Bankenaufsicht und Ex-UBS-Manager im Ausstand

Von Patrick Griesser

London. Die UBS soll kommende Woche einen Schritt zur Bewältigung der sogenannten Libor-Affäre machen, wie verschiedene Medien berichten. Wegen der Manipulation des Libor, einem Referenzzinssatz für den Handel zwischen Banken, droht der Schweizer Grossbank eine Strafe in Milliardenhöhe. Das wäre demnach die höchste Busse, welche die Bank jemals bezahlt hätte.

Unbestätigte Aussagen existieren über die Art der Krisenbewältigung: Die «Neue Zürcher Zeitung» erwartet, dass die Bank eine Einigung mit den zuständigen Behörden in den USA, Grossbritannien und der Schweiz bekannt gibt. Laut «Tages-Anzeiger» ist kein Vergleich zustande gekommen, sondern die Bank muss sich schuldig bekennen. Allerdings soll dieser Schritt die japanische Tochter der UBS betreffen, um zu verhindern, dass das Mutterhaus die Lizenz in den USA verliere.

Teuer kommen die Manipulationen die Bank aber in jedem Fall zu stehen, auch wenn die Angaben über die Höhe der erwarteten Strafzahlung schwan-

ken. Von knapp 1,5 Milliarden Franken ist beim «Tages-Anzeiger» die Rede und von der Möglichkeit anschliessender Zivilklagen, während andere Beobachter von rund einer Milliarde Franken Busse ausgehen.

Ausgangspunkt der Libor-Affäre ist offenbar eine Gruppe von Zinshändlern, die den japanischen Interbanken-Zinssatz im Zeitraum von 2005 bis 2010 manipuliert haben sollen. Vergangene Woche war ein ehemaliger UBS-Mitarbeiter kurzzeitig von den britischen Behörden festgenommen worden.

Der Skandal erreichte inzwischen sogar die Bankenaufsicht Finma. Die Behörde ermittelt seit Monaten. Pikant: Der Leiter des Finma-Geschäftsbereichs Banken, Mark Branson, war während der Vorfälle Leiter der UBS in Japan. Allerdings berichtet die NZZ, dass der für die mutmasslichen Manipulationen verantwortliche Händler der Investmentbank in London unterstellt gewesen sein soll. Bei der Finma will man aber offenbar kein Risiko eingehen: Mark Branson befindet sich in dieser Untersuchung im Ausstand, wird ein Behördensprecher zitiert.